

**Appell von zivilgesellschaftlichen Organisationen  
an die Abgeordneten in der Europäischen Union und Afrika**

**Die nationalen Parlamente und die europäischen Institutionen dürfen  
die „Partnerschafts“-Abkommen zwischen der Europäischen Union (EU)  
und afrikanischen Ländern nicht ratifizieren**

Am 10. Juli 2014 haben die 16 westafrikanischen Staatschefs in Accra, der Hauptstadt von Ghana, ein sogenanntes Economic Partnership Agreement (EPA - Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) zwischen der EU, den 15 Staaten der Communauté économique des Etats d’Afrique de l’Ouest (CEDEAO – Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und Mauretanien paraphiert. Am 22. Juli 2014 wurde ein anderes EPA von 6 Ländern des südlichen Afrikas paraphiert. In Wahrheit handelt es sich dabei um „Freihandels“-Abkommen mit dem Ziel, im Falle der westafrikanischen Länder 75 Prozent der Zölle auf Importe aus der EU abzuschaffen und insgesamt die Fähigkeit der afrikanischen Länder, eine eigenständige Handelspolitik zu betreiben, noch stärker einzuschränken, als die Welthandelsorganisation es verlangt. Die Abkommen entstanden durch den Druck der multinationalen europäischen Konzerne, in deren Dienst sich die europäischen Institutionen (Kommission, Rat und Parlament) gestellt haben. Es ist ihnen gelungen, die afrikanischen Staatschefs zu überzeugen, die sich mit wenigen Ausnahmen unempfindlich gegen die wiederholten Warnungen ihrer seit 14 Jahren mobilisierten Zivilgesellschaften zeigen.

Wegen dieser Abkommen werden die afrikanischen Staaten die meisten Produkte, die sie aus der EU importieren, nicht mehr besteuern können, was einen beträchtlichen Verlust an Staatseinnahmen bedeutet, obgleich für ihre Entwicklung höhere Aufwendungen des Staates notwendig wären.

Was die EU ihnen als Gegenleistung verspricht, ist nur heiße Luft: Es gibt nicht mehr als den gewohnten Betrag des Europäischen Entwicklungsfonds – 4€ pro Person und Jahr! –, der von den Mitgliedstaaten außerhalb des Gemeinschaftshaushalts aufgebracht wird, sowie eine marginale „Wiederverwertung“ bereits vorhandener Gemeinschaftsfonds.

Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion der afrikanischen Länder wird der Konkurrenz mit den wettbewerbsfähigeren und oft stark subventionierten Produkten aus der EU ausgesetzt, was die Möglichkeiten einer regionalen Entwicklung und Integration einschränken wird.

Die afrikanischen Länder verpflichten sich, 6 Monate nach Abschluss der EPA weitere Verhandlungen über eine noch stärkere Liberalisierung ihrer Wirtschaft aufzunehmen, die Dienstleistungen,

öffentliche Aufträge, Investitionen, geistiges Eigentum und Wettbewerbsfragen einschließen wird.

Wir müssen damit rechnen, dass die anderen Handelspartner der betroffenen afrikanischen Länder (insbesondere die USA und die Schwellenländer) in den nächsten Jahren die gleichen Handelspräferenzen verlangen, wie sie der EU gewährt werden. Die Folge wäre eine noch zerstörerischere Liberalisierung ihrer Märkte und eine stärkere Abhängigkeit von den Schwankungen der Weltmarktpreise.

Vorhersagbare Konsequenzen wären eine Zunahme von Hungersnöten und Krankheiten, eine Verschlechterung der Gesundheitspflege und eine massivere Migration der Bevölkerung, die der Zukunft in ihrem Land beraubt würde, begleitet von einem Bevölkerungszuwachs von 340 Millionen Menschen im Jahre 2014 auf 510 Millionen im Jahre 2030 – so viele, wie in der EU heute leben und im Jahre 2030 leben werden! – und auf 807 Millionen im Jahre 2050 sowie vom Klimawandel, der diese Region besonders stark betrifft.

In Europa werden diese Abkommen diejenige Landwirtschaft begünstigen, die sich durch einen ausgeprägten Produktivismus und ein hohes Maß an Umweltverschmutzung und Arbeitsplatzvernichtung auszeichnet, sowie einige nicht weniger gewinnorientierte Industriebereiche, etwa Exporteure von Gütern minderer Qualität, zu Lasten einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik, der Ernährungssouveränität und des ökologischen Umbaus der industriellen Produktion.

Wir, Bürger und Bürgerinnen, Organisationen der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaft, fordern die Abgeordneten in Europa und in Afrika dazu auf,

– die Ratifizierung dieser Verträge abzulehnen, die insbesondere deswegen nicht hinnehmbar sind, weil die Europäische Kommission eine Prüfung aller alternativen Vorschläge der Zivilgesellschaft abgelehnt hat, nach denen die afrikanischen Länder ihre Handelsvorteile hätten behalten können, ohne zu einer Liberalisierung ihrer Märkte gezwungen zu werden, – sich für Kooperations- und Solidaritätsabkommen mit afrikanischen Ländern einzusetzen, die nicht, wie die EPA, auf einem „Freihandel“ basieren, der die Emanzipation der Menschen bedroht.

Unterstützungserklärungen bitte an Coordination Sud, Gauthier Centlivre: [centlivre@coordinationsud.org](mailto:centlivre@coordinationsud.org)

## **Unterschriften** (Stand vom 6. November 2014):

### **Organisationen der Zivilgesellschaft:**

Forum social sénégalais  
Panafricaine pour l'Education au Développement durable  
Organisation des Jeunesses Panafricanistes  
CADTM Afrique  
CADTM France  
CADTM Belgique  
Elevages sans frontières  
Mouvement Utopia  
S.O.S. Faim Belgique  
Sortir du colonialisme  
Relocalisons  
Attac France  
Attac Gabon  
Attac Togo  
Attac Allemagne  
Attac Autriche  
Les Amis de la terre France  
Coordination Rurale  
Solidarité socialiste (Belgique)  
SOS Faim Luxembourg  
Inter-Collectif Afrique (ICA)  
Femmes en résistance  
Survie (France)  
Union syndicale Solidaires  
Fondation Copernic  
The Fellowship of Christian Councils and Churches in  
West Africa (FECCIWA)  
Peuples Solidaires - ActionAid France  
ROPPA (Réseau des organisations paysannes et de  
producteurs de l'Afrique de l'Ouest)  
Coordination SUD  
Artisans du monde  
Confédération paysanne  
Coordination européenne Via Campesina (ECVC)  
CGT (Confédération générale du travail)  
SOLAGRO  
Amis de la Terre Finlande

### **Abgeordnete und politische Funktionsträger**

Martine Billard, ancienne députée, coprésidente du Parti  
de Gauche  
Jean-Luc Mélenchon, député européen, coprésident du  
Parti de Gauche  
Eva Joly, eurodéputée  
Yannick Jadot, eurodéputé  
José Bové, eurodéputé  
Isabelle Attard, députée, co-présidente de Nouvelle Donne  
Pierre Larrourou, co-président de Nouvelle Donne  
Irénee Nissao NAPO, Président de la FéPEV-RAO  
(Fédération des Partis Verts et Ecologistes - Région  
Afrique de l'Ouest)  
Philippe Lamberts, eurodéputé belge

### **Personen aus Vereinigungen, der Wissenschaft und Forschung, Medienwelt, dem Kulturbereich u.a.m.**

Susan George (Transnational Institute, présidente  
d'honneur d'Attac)  
Eric Toussaint (président du CADTM Belgique)  
Nicolas Sersiron (président du CADTM France)  
Gus Massiah, membre du Conseil International du Forum  
Social Mondial (représentant du CRID)  
Raoul-Marc Jennar, chercheur  
Jacques Généreux, Professeur à Sciences Po Paris  
Yves Le Bars, Président du CFSI  
Jean Merckaert, Directeur de la revue Projet  
Pierre Rahbi, agriculteur et écrivain  
Mireille Fanon-Mendes-France  
Nils Andersson, éditeur  
Michel Peyret, ancien député  
Jean Fabre, ancien Directeur adjoint du PNUD à Genève  
Marc Dufumier, Professeur émérite, AgroParisTech  
Pierre Khalfa, coprésident de la Fondation Copernic  
Djibo Bagna, Président du ROPPA  
Maurice Oudet, congrégation des Missionnaires d'Afrique  
Jean Ziegler, ancien rapporteur spécial des Nations Unies  
pour le droit à l'alimentation  
Olivier de Schutter, ancien rapporteur spécial des Nations  
Unies pour le droit à l'alimentation  
Dominique Méda, Professeur de sociologie